

SPD

Von Seiten der Bundespartei gibt es keine (öffentlich) abweichende Position vom BMBF. Kürzlich hatte etwa der SPD-Parteivorsitzende Franz Müntefering anlässlich einer Festveranstaltung zum 80-jährigen Bestehen der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in einer Rede deutlich gemacht:

„Rund 1.500 Studierende pro Jahr werden von der Ebert-Stiftung gefördert. In einer Zeit, in der viele im Lande leichthin von Studiengebühren schwärmen, sorgt die FES dafür, dass junge Menschen Chancen bekommen, die bisher benachteiligt sind. 75 % der Kinder aus Akademikerfamilien kommen auf der Universität an. 12 % der Studierenden kommen aus Arbeiterfamilien. Da bleibt was zu tun.“ (Müntefering 2005)

Bereits nach dem Urteil hatte der SPD-Parteirat erklärt, dass er mit den mit den SPD-regierten Ländern die Gebührenfreiheit für das erste berufsqualifizierende Studium für richtig hält:

„Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die Kompetenz der Studiengebührenregelung bei den Ländern liegt. Nun sind die SPD-Landesverbände gefordert, die Einführung von Studiengebühren zu verhindern. Die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte im deutschen Hochschulsystem müssen fortgesetzt werden. Mit der BAföG-Reform hat die Bundesregierung das Studium für einen großen Teil sozial benachteiligter Studierenden ermöglicht. ... Ein Studium wird durch die Einführung von Studiengebühren für alle sozialen Herkunftsgruppen deutlich erschwert. 500 Euro pro Semester sind nur der Anfang, schon jetzt fordern CDU-Politikerinnen und Politiker weitaus höhere Gebühren. Es ist richtig, dass wir zusätzliche finanzielle Mittel für die Hochschullandschaft brauchen, Studiengebühren aber zu einer nachhaltigen Verbesserung der Finanzsituation nicht beitragen.“¹⁴

Damit lässt sich zusammenfassend feststellen, dass etwa im Gegensatz zur CDU und zur FDP Studienkonten mit Langzeit-Studiengebühren in der SPD weiterhin am meisten Sympathie genießen. Ausgenommen sind von dieser Feststellung die abweichenden Voten des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, und dem Ministerpräsidenten von Brandenburg, Matthias Platzeck, die beide offensiv für allgemeine Studiengebühren eintreten.

¹⁴ SPD-Parteirat (2005); vgl. auch SPD-Parteivorstand (2004)